

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontofonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einschließlich Frangolohn monatlich 18.000.— M., durch die Post bezogen monatlich 18.000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1000.— M., Einzelnummer 1000.— M., Sommerabonnent 1500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Nonparillzeile 2500.— M., auswärts 3000.— M., die 3-spaltige Restzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 10 000 u. 20 000 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeigen: Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken 1000 M.

Nr. 163

Dresden, Montag den 16. Juli 1923

34. Jahrg.

Der Lärm am Brunnenrande

Es fiel wieder ein Stein in den Brunnen. Kapitän Ehrhardt ist aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis herausgelassen, mehrere Gefängnisbeamte, die mitschuldig erschienen, wurden teils festgesetzt, teils zur Disposition gestellt. Das Reichsjustizministerium hat auf die Ergreifung Ehrhardts eine Belohnung von 25 Millionen Mark ausgesetzt und die republikanische Presse betrachtet das trübe Ereignis mit pessimistischen Warnungen. Sie deutet Ehrhardts Flucht als ein Zeichen des sich vorbereitenden Bürgerkrieges, als ein Warnungssignal für die Republik, und einige Blätter erklären, die Befreiung des Faschistenhauptlings komme für die Republik einer verlorenen Schlacht gleich. Darum sei es die höchste Zeit, daß sich die Republik zu energischerem Kampfe gegen ihre Gegner aufraffe. Es ist wieder einmal ein Stein in den Brunnen gefallen: die Autorität der Republik, der Behörden, des Staates; um den Brunnenrand scharen sich Anhänger der Republik und klagen um das gefährdete Kind.

Uns scheint, daß hier wieder einmal ein Alarm geschlagen wird, dem keine Taten folgen, daß sich der Lärm um einen solchen Anlaß dreht. Gewiß ist das Entweichen Ehrhardts ein Symptom der wachsenden Dreistigkeit der Reaktion und immer mal wieder ein Beweis dafür, daß sich die Faschisten mit Bestechung und allen Mitteln der Korruption in die Beamtenkassen einzunisten suchen. Aber dies alles wurde man auch vor Ehrhardts Flucht schon nicht einmal das Allende: auf unsre Parteigründerei in Künstler oder der vielschichtige deutschösterreichische Femelemord in Reckenburg waren notwendig, um zu zeigen, wo wir stehen. Seit Jahr und Tag haben sich die Faschisten in Deutschland militärisch organisiert, haben das südliche Bayern zu einem faschistischen Hauptquartier gemacht, in dem die dortigen Behörden weniger zu sagen haben als Hühner; seit Jahr und Tag fahren solche bewaffnete Kohorten gelegentlich auf deutschen Eisenbahnen spazieren, organisieren Wandern oder lassen Herrn Reichskanzler Cuno von Bandenführern wie Koffbach einen Vortrag über die edlen Bestrebungen dieser illegalen Organisationen halten. Und Cuno hört natü. Das alles liegt seit Jahr und Tag offen vor den Augen aller Welt, ohne daß sich die Republik zum Schlag aufraffe — und darum hat die Arbeiterschaft seit langem entsprechende Abwehrorganisationen der sozialistischen Bevölkerung gebildet. Wer nicht gerade schlief, konnte seit den ersten Enthüllungen über die Mörderorganisation O, seit der Ermordung Rathenaus das ununterbrochen wachsende Erstarken und Wüsten der ungesetzlichen Organisationen des Saferkreuzes beobachten. Die Flucht Ehrhardts ein Warnungssignal? Ein Zeichen, daß die Gefahr des Bürgerkrieges dicht vor uns steht? Du lieber Himmel — es sind im Laufe der letzten Jahre Warnungssignale von ganz anderer Bedeutung ergangen. Die Flucht Ehrhardts ist höchstens ein Beweis dafür, wie unzuverlässig selbst in Sachen ein Teil der Behörden ist.

Es darf als schlimmes Zeichen für menschliches Pölema und Kurzsichtigkeit gelten, daß die Brunnen im Leben wie in der Politik erst zugegeben werden, wenn das Kind hineingefallen ist. In der deutschen Republik steht's noch schlimmer. Da wird der Brunnen nicht einmal zugegeben, nachdem das Kind, nachdem soundsoviel Kinder hineingefallen sind! Eisner wurde von der Reaktion gemordet, Garetz, Erzberger, Rathenau wurden ermordet, Kientzle auf republikanische Vertreter ausgeführt und vorbereitet, und jedesmal sagte sich das selbe Bild: das republikanische Deutschland wurde dunkler, erging sich in ernstlichen Betrachtungen, nahm auch einmal Anlauf zu einem Republikanengesetz — und schlief dann wieder ein. Nur eine Schicht der jungen Republik blieb wach und wird wach bleiben: die sozialistische Arbeiterschaft, die darum auch die einzig zuverlässige Schicht der Republik ist.

Wir Sozialdemokraten wollen keinen Bürgerkrieg; wir verabscheuen alle Gewalttätigkeit. Unsere Ziele sind ohne Bürgerkrieg, ohne Gewalttaten zu erreichen. Doch die Extreme rechts und links sich die Erreichung ihres Traumlandes ohne Gewalt nicht gut denken können. Sprich vernichtend gegen ihre Ideen, gegen ihre Ideale, gegen ihre gesamte Weltanschauung. Wenn uns aber gewalttätige Auseinandersetzungen aufzugesungen werden, so werden die sozialdemokratischen Anhänger ihren Mann stehen. Soll der Welt das Bild eines mit Handgranaten zerfleischenden Deutschlands erspart bleiben, so erscheint uns dringend nötig, daß in der Abwehr der ewigen Bedrohungen der Republik durch seine innere Reaktion tatkräftiger, energischer und gründlicher gearbeitet wird als bisher. Auf die Frage, wie das geschehen kann, geht der Sozialdemokratische Parlamentsdienst ein; er schreibt:

Die Kraft der sozialistischen Anhängen allein ist zu gering und wird zu stark von anderen Parteien in Anspruch genommen. So daß sie allein einen Erfolg gegen die Reaktion nicht verspricht. Unter diesen Umständen bleibt es Pflicht der republikanischen Parteien aus innerer und äußerlicher Notwendigkeit, den Kampf des Staates gegen die Verbrecher, am Wohl des Volkes mit aller Energie zu unterstützen und endlich die fatalistische Gleichgültigkeit, die zur Stärkung der Reaktion beigetragen hat, an den Rand zu hängen. Mit Energie und Beharrlichkeit muß jetzt der Staat verteidigt werden, an dem wir hängen, nachdem durch Gleichgültigkeit vieles versäumt worden ist. Es geht um die Verteidigung der Repu-

lik tut jetzt mehr denn je not. Die Möglichkeit hierzu sehen wir in einer Arbeitsgemeinschaft aller republikanischen Parteien, die sich ausschließlich die Verteidigung der Verfassung zur Aufgabe macht. Selbst bürgerliche Organe mußten aus Anlaß der Flucht Ehrhardts gesehen, daß wir vor einem Bürgerkrieg stehen! Es wäre ein Verbrechen an uns selbst und am deutschen Volke, in dieser Kampfschlacht mit rechts hineinzuführen. Deshalb vorbereiten, ehe es zu spät ist! — Wir sind bereit!

Wie weit diese Arbeitsgemeinschaft aller republikanischen Parteien zum Schutz der Republik möglich ist, liegt beim Zentrum und den Demokraten, das hängt davon ab, wie weit sich diese Parteien einsehen für eine energischeren Handhabung der Befehle zum Schutze der Republik und wie weit sie, die ja im Kabinett Cuno ihre Vertreter haben, die Reichsregierung zu einem entschiedeneren Bekenntnis zur Republik zu zwingen wissen. Den Demokraten wird es dabei schlecht anstehen, den Ankläger zu machen, denn sie haben reichlich vor ihrer Tür zu kehren. Sie haben bis heute Herrn Geßler, ihren Parteiangehörigen, an der Spitze einer Reichswehr gelassen, deren Leitung und Führung mit dem Faschismus nachgewiesenermaßen teufelmachtelt. Die Republikanisierung der Reichswehr, die Demokratisierung vor allem der Reichswehrleitung, die Abberufung des Herrn Geßler und der anderen unzuverlässigen Kommandanten in der Reichswehrleitung, dies wären die Hauptaufgaben einer Arbeitsgemeinschaft der republikanischen Parteien. Können sich Zentrum und Demokraten zu dieser untrüger Forderung nicht verstehen, so ist es besser, man löst das republikanische Deutschland mit der Illusion einer solchen Arbeitsgemeinschaft in Ruhe.

Der Bürgerkrieg ist zu vermeiden, wenn die sozialistischen wie die bürgerlichen Anhänger der Republik nachdrücklich ihre Entschlossenheit bekunden, mit der Republik zu stehen und zu fallen; wenn momentlich die bürgerlichen Republikaner mehr als bisher ein energisches Bekenntnis des bewaffneten Rechtsbewusstseins und der Republikanisierung — der Republik drängen. Über das bloße Geschrei und nichts als Geschrei, wenn wieder mal ein Stein in den Brunnen gefallen ist, kann auf die Dauer niemand mehr ernst nehmen.

Frankreichs starre System

Die französische Politik geht angeht die englischen Vorschläge ganz planmäßig auf eine Verschleppung einer Entscheidung hinaus. Dies geht aus allen Äußerungen französischer Stellen und aus dem Beschlusse des Pariser Kabinettsrates hervor. Zugleich betont man die Unmöglichkeit der französischen Gewaltpolitik und die Unmöglichkeit ihrer Abänderung. Die Redaktionen sprechen für sich.

Paris, 14. Juli. Wie das Journal mittelt, hat gestern der Ministerrat, der sich mit der französischen Haltung angeht die britischen Erklärung beschäftigt, beschlossen, der britischen Aktion zur vollkommenen Entwicklung Zeit zu lassen, damit man alsdann in voller Kenntnis handeln könne. Es sei dann möglich, daß der englische Entwurf die wesentlichsten Direktiven der französisch-belgischen Politik annehme, so die Notwendigkeit einer vorherigen deutschen Kapitulation. Und wenn der Entwurf ferner erkläre, daß die Ruhrbesetzung bis zur vollkommenen Regelung der Reparationsfrage fortgesetzt werde, und wenn er als das Minimum der Forderungen das annehme, auf was sich Frankreich und Belgien festgelegt hätten, so könne man in den Verhandlungen fortfahren. Im gegenteiligen Falle aber werde Frankreich sich nicht zu einer diplomatischen Aktion verstehen, die schon von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sei. Frankreich habe eine starke Stellung. Es werde abwarten, bis England ihm den Beweis des Erfolges seiner Methoden gebracht haben werde.

Andere Regierungsblätter erklären erneut, daß Frankreich niemals einer Regelung der Reparationsfrage durch eine internationale Kommission zustimmen werde. Auch den Völkern damit zu beauftragen, werde es nicht zugehen.

Das Verkehrsverbot verlängert!

Mannheim, 15. Juli. (W. Z. V.) Die interalliierte Rheinlandkommission hat beschlossen, das Verkehrsverbot für deutsche Staatsgebiete zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet, das am 16. Juli, nachts 12 Uhr, aufhören sollte, bis zum 26. Juli, nachts 12 Uhr, zu verlängern.

Die Gründe, die die Rheinlandkommission für die Verlängerung der wohnungswichtigen Abschneidung des ganzen besetzten Gebietes angeben will, sind bisher noch nicht bekanntgegeben worden. Doch sind sie natürlich nicht entscheidend, denn „Gründe“ anzuführen ist die einfachste Sache von der Welt. Jeder „Grund“ kann herbeigeholt werden, das kennt man. Es ist möglich, daß die neueste Verurteilung der drei Nationalisten, die nach Angabe der Anflüge Dynamit in das altbesetzte Gebiet transportiert hatten, zur Begründung der Verkehrsverbotverlängerung herangezogen wird. Sicher aber ist, daß die nationalistischen Gewalttaten immer wieder den französischen Gewalttätigen billige und willkommene Anlässe zu Strafmaßnahmen und Beschränkungen geben. Nachdem einmal die Gesamtabschnürung des besetzten Gebietes versucht

Erklärung des Reichskommissars für öffentliche Ordnung

Der Reichskommissar für öffentliche Ordnung teilt über die Flucht des Kapitänleutnants Ehrhardt aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis folgendes mit: Nach einem im Reichsinnenministerium vorkommenden Telephonat des Oberreichsanwalts wurde angenommen, daß die Befreiung Ehrhardts nicht durch einen Nachschlüssel von außen geschähe, sondern daß es innerhalb des Gefängnisses eine große Anzahl von Helfern gehabt hat. Es ist ihm u. a. gelungen, in dem Gebäude weite Strecken zurückzuliegen, um aus dem Untersuchungsgefängnis in das angrenzende Amtsgericht hindüberzukommen. Es wird im Reichsinnenministerium nicht angenommen, daß der Entflozene in Deutschland bleiben oder sich etwa gar an die Spitze illegaler Organisationen stellen wird, sondern man ist der Ansicht, daß er versuchen wird, so schnell wie möglich ins Ausland, vielleicht nach Ungarn, zu entkommen. Vom Reichsjustizministerium ist auf die Ergreifung Ehrhardts eine Belohnung von 25 Millionen Mark ausgesetzt worden.

Flucht im Kraftwagen

Ueber die Flucht des Kapitänleutnants Ehrhardt hat die Leipziger Polizei folgendes ermittelt: Am 3. d. M., nachmittags 5 Uhr, ist vor dem Hotel Deutsches Haus am Königsplatz in Leipzig ein offener Kraftwagen beobachtet worden, dessen Motor lief, Nummer des Wagens: I M 5985 oder I M 6985. Dieser Wagen ist einige Tage vorher in einer Leipziger Reparaturwerkstätte eingeliefert worden und trug dort die Nummer II H 8347. Diese Nummer ist am 3. Juli vor der Abfahrt mit einer der oben genannten Nummern vertauscht worden, wahrscheinlich mit der Nr. I M 5985. Es handelt sich um einen Antimotoren 14/35 PS mit kombinierter Karosserie, dunkelblau-rotbraun und schwarzes Verdeck. Bei dem Wagen war zunächst nur ein junger Mann, anscheinend der Führer des Wagens, mit freischem, vollem, länglichem Gesicht ohne Bart, er trug grünes Sporthemd und helles Sommerjackett. Kurz vor 5 Uhr erschienen drei weitere Personen in eiligem Laufe von der Waidmarktstraße oder Petrussteinweg her, bestiegen das Auto und fuhren in besonners schnellem Tempo davon, und zwar in der Richtung Parkhausring. Von den bei der Abfahrt hinzueilenden Personen trug ein junger Mann mit dunkelblonden Haaren eine Kappe unter dem Arm. Er war bekleidet mit dunkelblauem Anzug und schaute sich an die Seite des Führers. Von den übrigen zwei Personen, die im Wagen Platz nahmen, trug einer einen grauen Anzug (Weiß und Pfeffer). Dieser dürfte Ehrhardt gewesen sein.

worden ist, mußte man mit der Verlängerung rechnen. Man irgendwie Vorwände geschaffen werden, wird die Abschneidung bald genug zu einer dauernden gemacht werden. Der tiefste und wahre, vielleicht einzige Grund und Zweck aller Drangsalierungen ist natürlich das Brechen des passiven Widerstands, die Unterwerfung des Ruhrgebietes unter die Gewalt des Militarismus.

Gründe nicht angegeben! Aus Dortmund wird telegraphiert: Wie der Dortmunder Magistrat Sonntag nachmittag bekanntgab, ist nach einer Mitteilung der französischen Besatzungsbehörde die Grenzsperrung um weitere zehn Tage verlängert worden. Irigensowenig Gründe für die Verlängerung der Sperrung werden nicht angegeben.

Drei neue Todesurteile

Paris, 14. Juli. Nach einer Sondermeldung aus Kaden hat das Kriegsgericht in Kaden drei Deutsche, die in der Weidung ohne nähere Angaben als Saboteure bezeichnet werden, zum Tode verurteilt. Ihre Namen sind Graf Keller, Ludwig Schulz und Klingender. Ein vierter Angeklagter, namens Lorbeer, ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

In Berliner amtlicher Stelle liegen bisher Nachrichten über diese neuen Todesurteile und über die den Verurteilten zur Last gelegten Handlungen nicht vor. Einsehlich dieser drei sind nunmehr zwölf Deutsche von den fremden Kriegsgerichten als dem Genfer verfallen erklärt worden.

Erfeld, 15. Juli. (Sig. Drabm.) Die Nachricht von der Verurteilung dreier Deutschen zum Tode wird als richtig bestätigt. Die Verurteilten heißen Dynamit in das altbesetzte Gebiet transportiert und wurden in Erfeld von den Belgiern festgenommen. Sie gehörten einer Rechtsorganisation an. Da ihr Vergehen im altbesetzten Gebiet geschah, fallen sie unter die Gerichtsbarkeit der Besatzungsbehörden, wie das Rheinlandabkommen vorschreibt. Die rechtliche Zuständigkeit des Verfahrens ist also in diesem Falle nicht zu bezweifeln. Aber gegen die Höhe der Strafe, gegen die Todesurteile für diese Vergehen, muß man Protest erheben, da das Vergehen eine so brutale Art der Verstrafung, die nie wieder korrigiert werden kann, niemals rechtfertigt.

Am liebsten treiben es die reaktionaristischen Saboteure und Dynamitlader immer wieder zu neuen Verbrechen und Taten, die sowohl zu neuen Strafmaßnahmen und neuer Verdrückung der Bevölkerung führen, wie auch dem positiven Widerstand der schaffenden Bevölkerung den schwersten Schaden zufügen. Es ist an der Zeit, daß dergleichen Provokationen ihre Erde finden.

Keine Auslieferung deutscher Schupo. Aus Erfeld wird berichtet: Ein über Obleger der berüchtigten Vergiftungs-Rückfische in Erfeld, die Westfälische Landeszeitung in Münster, veröffentlichte am Sonnabend eine Meldung über die Auslieferung deutscher Schupo an die Belgier, um sie vor dem belgischen Kriegsgericht in Kaden abzuurteilen zu lassen. Es soll sich um drei Beamte handeln, die in die belgische Provinz zurechtgehende Nummern für die